

Juristisch alles richtig gemacht – wo bleibt der Bürger?

Zu „Klage hat keine Aussicht auf Erfolg“, vom Donnerstag, 1. Juli:

Jetzt hat unser Bürgermeister die Katze aus dem Sack gelassen. Wie weit es mit der Gesprächsbereitschaft von Verwaltung und Gemeinderat hier in Philippsburg bestellt ist, wird durch seine Aussage klar: „Wir reden nicht über die Klage oder die Hundesteuer. Wir

reden darüber, wie man die Gegenseite davon überzeugen kann, dass sich was bessert.“

Warum hat man das nicht schon vor der Verdoppelung der Hundesteuer getan. Wo sind seine Vorsätze aus dem Wahlprospekt von vor fünf Jahren, als er damit geworben hat „Ich bin für eine starke Einbeziehung der Bürgerschaft in die Entscheidungsprozesse. Weil ich davon überzeugt bin: Eine Gemeindepolitik ist

nur dann gut, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger in das gemeindepolitische Geschehen einbindet. Ich will eine Beteiligung im Vorfeld der Entscheidungen und keine Aufklärung hinterher“. Genau das Gegenteil ist nun passiert. (...)

Der Bürgermeister redet von „einzelnen“ Hundehaltern, die die Vorschriften nicht beachten. Muss man dafür aber „alle“ Hundebesitzer mit einer Verdoppelung der Hundesteuer bestrafen? Nur zum Vergleich: Wenn unsere Polizei nur durch Aufrufe und nicht durch regelmäßige Kontrollen die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung überwachen würde, dann bräuchten wir beide nicht.

Johannes Huber
An der Salbach 8
Philippsburg

Leider wurde mein an die BNN eingesandter Leserbrief von der Redaktion missverständlich gekürzt. Lesen Sie nachfolgend die volle Version von mir:

Zum Bericht vom 1.7.2010 - Klage hat keine Aussicht auf Erfolg – Bürgermeister bleibt gelassen.

Leserbrief an die BNN

Juristisch alles richtig gemacht – wo bleibt der Bürger?

Jetzt hat unser Bürgermeister die Katze aus dem Sack gelassen. Wie weit es mit der Gesprächsbereitschaft von Verwaltung und Gemeinderat hier in Philippsburg bestellt ist, wird durch seine Aussage klar: „Wir reden nicht über die Klage oder die Hundesteuer. Wir reden darüber, wie man die Gegenseite davon überzeugen kann, dass sich was bessert“. Warum hat man das nicht schon vor der Verdoppelung der Hundesteuer getan. Wo sind seine Vorsätze aus dem Wahlprospekt von vor fünf Jahren, als er damit geworben hat „Ich bin für eine starke Einbeziehung der Bürgerschaft in die Entscheidungsprozesse. Weil ich davon überzeugt bin: Eine Gemeindepolitik ist nur dann gut, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger in das gemeindepolitische Geschehen einbindet. Ich will eine Beteiligung im Vorfeld der Entscheidungen und keine Aufklärung hinterher“. Genau das Gegenteil ist nun passiert.

So sagt der Bürgermeister weiter, die Erhöhung der Hundesteuer geschehe auch in der Absicht, dafür aufkommen zu können, dass einzelne Hundehalter sich nicht an die Vorschriften halten. Dann muss sich der Bürgermeister vorwerfen lassen, dass er sein Ordnungsamt - heute Bürgeramt genannt, weil es ja bürgerfreundlicher klingt - nicht schon seit Jahren aufgefordert hat, die seit 1.7.2007 geltende Polizeiverordnung umzusetzen und diejenigen Hundehalter, welche die Hinterlassenschaften ihrer Lieblinge nicht beseitigen, mit angedrohten Bußgeldern von € 30 bestrafen. Das wäre sicher wirksamer als bloße Androhungen durch gelegentliche Veröffentlichungen im Stadtanzeiger und teure Schilderaktionen und würde etwas in den aus dieser Sache noch leeren Bußgeldtopf bringen. Der Bürgermeister redet von „einzelnen“ Hundehaltern, die die Vorschriften nicht beachten. Muss man dafür aber „alle“ Hundebesitzer mit einer Verdoppelung der Hundesteuer bestrafen?

Nur zum Vergleich: Wenn unsere Polizei nur durch Aufrufe und nicht durch regelmäßige Kontrollen die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung überwachen würde, dann bräuchten wir beide nicht. Vielleicht haben wir ja bei der Stadt Philippsburg bisher noch nicht erkannte Optimierungspotentiale!

Johannes Huber - An der Salbach 8 – 76661 Philippsburg